

geschlossene Verbandsstatut voll in Kraft tritt und der Verband die bisher nur vom Senefelder-Bund geführten Unterstützungseinrichtungen voll übernimmt.

Die Verschmelzung konnte durch Gerichtsurteil rückgängig gemacht werden, die Einheitsorganisation auf gewerkschaftlicher Basis, ein ganz wesentlicher Fortschritt in unsere Organisationsverhältnisse, ist dadurch entstanden. Der Rechtsschutzverein war die Kraft, die das Böse wollte, das Gute aber geschaffen hat.

Ist die Liquidation nötig?

Darüber viel Worte zu verlieren, ist nicht angängig, das hiefie die Kollegen beleidigen. Es war ganz selbstverständlich, daß die durch die Berliner Generalversammlung geschaffene, durch bürgergerliche Gerichte zerstörte Einheit auf irgendwelche Weise wieder erstrebt werden mußte. Laut Gerichtsurteil ging das nicht im Rahmen des Senefelder-Bundes, darum mußte es ohne ihn geschehen. Damit war er überflüssig geworden, seine Auflösung ist ein Gebot der Selbsterhaltung. Das haben die Kollegen allerorts eingesehen. Nachdem die Beschlüsse von Hannover derart vorgearbeitet haben, daß eine Liquidation ohne Schaden für irgend ein Mitglied des Senefelder-Bundes vollzogen werden kann, sind überall die erforderliche gewesenen Uebertrittsscheine zum Verband so vollzählig ausgefüllt worden, daß nur die ehemaligen Halbmitglieder, dem Verbands fern stehen. Auch eine große Zahl von Halbmitgliedern hat den Uebertritt bereits erklärt. Nur vereinzelt hat sich ein Widerspruch geltend gemacht, aber dieser hat nicht dem Eintritt in den Verband gegolten, sondern er ist einer mißverständlichen Auffassung der auf den Uebertrittsscheinen befindlichen Erklärung geschuldet. Aber diese Erklärung war erforderlich, um einwandfrei die Mitgliedschaft im Senefelder-Bund aufrecht zu erhalten, solange dieser noch bestand.

Es ist somit das eingetreten, was zu erwarten war. Die früheren Vollmitglieder haben einmütig bekundet, daß ihnen die geschlossene Einheitsorganisation über allem steht, dadurch ist der heute über ganz Deutschland verteilte komplizierte Verwaltungsapparat des Bundes überflüssig geworden. Dazu kommt:

Das Verhalten des Rechtsschutzvereins.

Als die Herren sahen, daß ihr verräterisches Treiben nicht den gewünschten Erfolg zeitigte, als ihre Ohnmacht innerhalb des Bundes für jeden greifbar zutage trat, gründeten sie eine Gegenorganisation. Irgendwelche Bedeutung kann dieser zwar nicht beigemessen werden, aber angesichts dieser Gründung ist reine Bahn immerhin dringend erforderlich. Wir müssen einwandfrei feststellen können, wer sich zum Nachläufer der 31 Kläger erniedrigt und mit ihnen und den Hand in Hand mit ihnen arbeitenden Prinzipalen zum Gründer einer gelben Gewerkschaft wird. Dabei sei betont, daß die Gründe, die zur Rechtfertigung der Neugründung ins Feld geführt werden, aus der Luft gegriffen sind.

Es ist kein Anspruch gefährdet,

wie gegenteilig behauptet wird. Es ist in Hannover ausdrücklich beschlossen worden, daß der Verband alle Unterstützungen auszahlt, die auszuführen sind, wenn die Bundesmittel aufgebraucht sind. Es ist weiter durch Beschluß festgelegt, daß

die zurückgelegten Karennzeiten

vom Verband angerechnet werden, d. h. jeder im Senefelder-Bund gezahlte Beitrag wird voll angerechnet. Ein Mitglied, welches im Bund bezugsberechtigt ist oder es sein würde, wird sofort bezugsberechtigt im Verband. Es ist auch nicht richtig, daß der Verband bei einem Beitrag von 25 Pf. für die Invaliden-Kasse, diese nicht aufrechterhalten könne. Die Invaliden-Kasse ist nicht gefährdet. Wer Lust hat, es nachzurechnen, mag prüfen, welche enorme Belastung die Invaliden-Kasse noch trägt, ehe die Ausgaben die Höhe der Einnahmen erreichen. Dieser Zeitpunkt dürfte wahrscheinlich nie eintreten. Dagegen sind die Berechnungen der Gegner auf Sand gebaut. Wenn diese glauben, den Mitgliedern des Bundes, die sie zu sich hinüberlocken wollen, versprechen zu können,

daß diese eventl. nur kurze Wartezeiten zu erfüllen haben, so irren sie recht sehr. In dieser Beziehung sind auch die Beschlüsse der Hannoverschen Generalversammlung abzuwarten. Aber wir wollen heute darauf hinweisen, daß Leute, die den Lockungen des Rechtsschutzvereins folgen, wahrscheinlich jeden Anspruch an die Invalidenkasse verlieren werden. Zu diesen Hinweisen halten wir uns verpflichtet, damit kein Mitglied seine Ansprüche durch übereilte Schritte gefährdet. Wer damit rechnet, daß nach beschlossener Liquidation seine Beiträge voll und ganz zur Anrechnung kommen, der werde Mitglied des Verbandes der Lithographen und Steindruckere. Nur diese Mitgliedschaft bietet volle Garantie. Die Mitgliedschaft der Rechtsschutzvereinsgründung bedeutet neues Zurücklegen der Karennzeit und damit für die älteren Mitglieder den fast unausbleiblichen Verlust von Renten bei eintretender Invalidität.

Da der Verband der Lithographen und Steindruckere alle Verpflichtungen voll übernommen hat, liegen in bezug auf die Zahlung der Unterstützungen berechnete Bedenken nicht vor.

Ebensowenig braucht ein Mitglied zu befürchten, daß in der ordnungsgemäßen Abwicklung der Geschäfte irgend welche Störung nach der Liquidation eintritt. Da nach dieser Richtung hin Fragen kommen können, sei gleich vorweg mitgeteilt, welche dieszügliche Vorschläge die unterzeichneten Körperschaften der Generalversammlung machen werden.

Der Verlauf ist so gedacht, daß nach erfolgter Liquidation die örtlichen Verwaltungen nur noch die laufenden Abrechnungen zu machen und die Beitragsreste einzuziehen haben. Sämtliche Unterstützungen zahlen sofort Ortsverwaltungen des Verbandes, die auch mit dessen Zentralvorstand abrechnen. Dieser hätte der von der Generalversammlung zu wählenden Liquidationskommission die zusammengestellten Rechnungen auslegen und von dieser die vom Verband verauslagten Summen einzufordern.

So wird ein Rad ins andere greifen und die Mitglieder haben trotz der Umwälzung nicht die geringsten Umstände und Schwierigkeiten.

Kollegen! Daß der Senefelder-Bund nach mehr als dreißigjähriger Wirksamkeit aufgelöst werden soll, wird mancher Kollege mit Bedauern vernehmen. Aber es muß sein. Wäre nicht von egoistischen Quertreibern das so segensreiche Werk der Verschmelzung zerstört worden, dann hätte der Bund weiter bestanden und er wäre durch seine erweiterten Aufgaben ein Rückhalt für die Kollegen in allen Lebenslagen gewesen.

Das ist uns unmöglich gemacht. Durch die Urteile ist dem Bund jede Entwicklungsmöglichkeit genommen worden, er würde bei weiteren Fortbestehen jetz t nur hinderlich sein. Und da der Bund nie Selbstzweck sein sollte, sondern nur eine Organisation zum Wohle der Gesamtheit, so muß auch uns das Gesamtwohl höher stehen, als eine uns lieb gewordene, aber zum Versteinern gezwungene Organisation.

Wir wollen nicht stehen bleiben, wir wollen voran. Und da wir bei der Liquidation hoffnungsfreudig in die Zukunft blicken können, da der Verband, der schon seit Jahren eine segensreiche Tätigkeit entfaltet, nun auch noch die bisherigen Bundeseinrichtungen pflegen wird, so haben wir keine Ursache, bei einem Schritt zu zaudern, der früher oder später unausbleiblich getan werden muß.

Die Kontroll-Kommission.

Der Haupt-Vorstand des Senefelder-Bundes.

Bekanntmachungen.

Wie wir schon mitteilten, soll ein neues, geheftetes Adressen-Verzeichnis herausgegeben werden. Es haben aber verschiedene Ortsvorstände noch immer nicht das Wahlberichts-Formular eingesandt, um das wir hiermit zum letzten Male ersuchen.

Berlin. In Firma W. Hagelberg wurde die Arbeitszeit für Steindrucker auf 9 Stunden verkürzt. Sperre ist aufgehoben.

Hohenstein i. Erzgeb. In Firma Tappen wurde die Arbeitszeit für Steindrucker auf 9 Stunden verkürzt. Sperre ist aufgehoben.

Köpenik. In Firma Altmann wurde Feiertagszahlung bewilligt und den sonstigen mit dem Schutzverband vereinbarten Bedingungen zugestimmt.

M.-Gladbach. In Firma Reck wurde für Steindrucker die Arbeitszeit von 10 auf 9 $\frac{1}{2}$ Stunden verkürzt und 25-50% Zuschlag für Ueberstunden bewilligt. In Firma Schagen & Sohn wurde bei Lithographen die Arbeitszeit von 8 $\frac{1}{2}$ auf 8 Stunden und bei Steindruckern von 9 $\frac{1}{2}$ auf 9 $\frac{1}{4}$ verkürzt und Zuschlag für Ueberstunden bewilligt. Lohnzulagen erfolgten in beiden Firmen bei 1 Lithographen 5 Mk. per Monat. Bei 9 Steindruckern 17 Mk. per Woche.

Gesperrt:

Für Lithographen und Steindrucker:

Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann ist für Lithographen und Steindrucker gesperrt.

Dresden. Die Glasgrabplattenfabrik O. Nedwig in Radebeul bei Dresden.

Dresden. Chromolithogr. Wegen drohender Differenzen in einigen Geschäften. Auskunft unter allen Umständen vor Abschluß eines Engagements einholen.

Die Verwaltung der Filiale II, Dresden.

Karlsruhe. Firma Gutsch.

Leipzig. Firma Hartisch Nachf. für Lithographen.

Niedersedlitz. Die Firma Krey & Sommerlad.

Offenburg.

Schramberg i. Schwarzwald.

Für Chemigraphen:

Berlin. Edm. Gaillard, Graphische Gesellschaft; W. Greve; Thedran & Kraushaar; Münder; Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Baudouin.

Chemnitz. A. Jülich.

Stuttgart. Gebr. Rößle.

Stellungannahme in obigen Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Im Ausland gesperrt

Amerika. Für Chromo- und Gravurlithographen.

Bukarest. I. A. Tärann und St. Smirnan.

Kopenhagen. Für Chemigraphen.

Paris. Lyon, Lille, St. Etienne, Toulouse, Marseilles. Die französischen Unternehmer suchen ihr Personal aus Deutschland zu ergänzen. Jeder Kollege, der vorher nicht Erkundigungen einge-zogen hat, wird als Streikbrecher angesehen.

Sao Paulo (Brasilien). Es werden unter Chiffre- oder Scheinadresse immerfort Leute nach Nordamerika, die als Streikbrecher nicht nur im Staate New-York, sondern auch hier dienen sollen, gesucht.

Teplitz. Firma Jaroslaw Holub, Lith. Anstalt.

Ungarn. Tarifverhandlungen der Chemigraphen gescheitert; Kollegen stehen im Streik.

Schweiz. Vor Antritt einer Stelle in der Schweiz sind unbedingt Erkundigungen einzuziehen und darf die Stelle nur angetreten werden, wenn die Auskunft befriedigend lautet.

Vevey. Die Firma Säuberlin & Pfeiffer.

Die deutsche Arbeitgeberzeitung zu den Fortschritten der gewerkschaftlichen Organisationen.

Die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands herausgegebene Statistik über die Fortschritte der freien Gewerkschaften im Jahre 1906 gab der deutschen Arbeitgeberzeitung in ihrer No. 24 Veranlassung, über das Resultat und den darin enthaltenen Fortschritten Betrachtungen anzustellen und Nutzenwendungen für die Unternehmer daraus zu ziehen. Muß sie einerseits bedingungslos anerkennen, sie unterläßt es andererseits aber nicht, die deutschen Unternehmer besonders darauf hinzuweisen, daß es sich hier lediglich um das Anwachsen der sozialdemokratischen Gewerkschaften handelt, deren Führer kein Hehl daraus machen, daß sie als die letzte Aufgabe jener Bewegung die Enteignung der Betriebsmittel, d. h. die Ersetzung der individualistischen Produktionsweise durch die kollektivistische ansehen.

Hu! welch' ein Schauer muß schon jedem Unternehmer überlaufen, wenn er immer und immer wieder hören muß, daß sie nun bald kommen; sie sind schon vor dem Tore, um ihm sein Kapital, sein Geld, seine Fabrik und seine Maschinen abzunehmen. Aber Hilfe ist nah', denn die gelben Gewerkschaften, die man nunmehr eng unter seine Fittiche zu nehmen bestrebt sein will, werden den Riesenorganisationen ein Paroli bieten.

